



**Stadt Leverkusen**

Antrag Nr. 2019/3144

**Der Oberbürgermeister**

I/01-011-20-06-he

**Dezernat/Fachbereich/AZ**

06.09.19

**Datum**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Bürger- und Umweltausschuss</b>	12.09.2019	Beratung	öffentlich
<b>Rat der Stadt Leverkusen</b>	10.10.2019	Entscheidung	öffentlich

**Betreff:**

Resolution des Rates der Stadt Leverkusen zur Vermeidung von Plastikmüll  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 05.09.19

**Anlage/n:**

3144 - Antrag



SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen

Herrn Oberbürgermeister  
Uwe Richrath  
Rathaus  
Friedrich-Ebert-Platz 1  
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b  
51373 Leverkusen  
Telefon 0214 - 475 73  
Telefax 0214 - 310 50 46  
fraktion@levspd.de  
www.fraktion.levspd.de

Leverkusen, 5. September 2019  
jt/gt/F.4-094

**Antrag: Resolution des Rates der Stadt Leverkusen zur „Vermeidung von Plastikmüll“**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen der zuständigen Gremien:

**Die Stadt Leverkusen prüft welche weiteren Maßnahmen sie eigenständig zur Plastikmüllvermeidung treffen kann, z.B. durch Nachhaltigkeitsprüfung für sämtliche von der Stadt zu genehmigenden Veranstaltungen.**

**Des Weiteren fordert der Rat der Stadt Leverkusen die Bundesregierung auf, Maßnahmen zur Vermeidung von Plastikmüll einzuleiten.**

Begründung:

Unsere Stadt hat den Klimanotstand ausgerufen. In der Gesellschaft ist mittlerweile angekommen, dass wir bestimmt gegen den Klimawandel vorgehen müssen und uns für unsere Umwelt einsetzen müssen. Jedoch hört die Umweltproblematik nicht bei Dieselfahrverboten, dem Kohleausstieg und der damit verbundenen Energiewende auf. Ein ebenso schweres Problem ist die viel zu hohe Plastikbelastung unserer Umwelt, allen voran der Meere. EU-weit ist daher ab 2021 das Verbot von Einweggeschirr aus Plastik beschlossen. Reine Verbote bewirken jedoch wenig. Wir brauchen nicht nur das Verbot, sondern nachhaltige Alternativen.

Und eine Auseinandersetzung mit diesen Alternativen darf nicht erst in zwei Jahren passieren, sondern muss ab jetzt auf unserer Agenda stehen. Dabei muss die Stadt eine Vorreiterrolle einnehmen und als Vorbild und Multiplikator in der Gesellschaft für umweltbewusstes Verhalten stehen. Ohne die Bereitstellung von gleichwertigen Alternativen können wir von niemandem erwarten, dass flächendeckend auf das kostengünstige und einfach zu handhabende Plastik verzichtet wird. Mit dem Plastikgeschirrverbot 2021 bietet sich der Zeitpunkt nun also an, ein ganzheitliches Konzept für Öffentliche Veranstaltungen, Konzerte und Sportveranstaltungen zu entwickeln, um genau diese Veranstaltungen nachhaltig durchführen zu können, ohne dass unsere Bürgerinnen und Bürger auf Komfort bzw. schlimmstenfalls sogar die Veranstaltungen selbst verzichten müssen.

Aber auch beim Thema Energiewende können wir dabei den Schritt nach vorne wagen: Ein Umdenken fängt im Kleinen an, weswegen wir bei unseren großen städtischen Veranstaltungen auf möglichst energiesparende Alternativen bei bspw. der Beleuchtung zurückgreifen müssen.

Die Einführung einer Nachhaltigkeitsprüfung für unsere Stadt ist also dementsprechend als Investition in die Zukunft zu sehen, um frühzeitig auf die sich ändernden klima- und umweltpolitischen, sowie gesellschaftlichen Umstände zu reagieren.

Das zugrundeliegende Problem ist jedoch eines, welches nur auf Bundesebene langfristig gelöst werden kann. Die weltweite Plastikmüllproduktion ist nämlich ein seit Jahren bekanntes Problem. Auch die Auswirkungen dieser enormen Verschmutzung auf unsere Umwelt sind uns nicht neu. Auch wenn EU-weit Plastikgeschirr ab 2021 verboten ist, ist unsere Bundesregierung in der Pflicht, sich dem gesellschaftlichen Problem von Plastikverbrauch und -müll unverzüglich anzunehmen und die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Verbrauch zu senken und die Recyclingquoten zu erhöhen.

Deshalb ist an dieser Stelle die Initiative seitens unserer Regierung gefragt. Zukünftig soll der Gebrauch von Plastik deutlich reduziert werden. Dazu gehört insbesondere aber nicht ausschließlich der Einsatz von Plastikgeschirr bei Festen, Musik- oder Sportveranstaltungen. Beispiele dafür sind die bereits vielerorts in der Probe befindlichen Pfandsysteme für Mehrwegbecher.

Wir orientieren uns mit diesem Antrag an Gemeinden wie Warnemünde oder Rostock, die bereits solche Auflagen in ihrer Region durchgesetzt oder in Planung haben.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Ippolito  
Fraktionsvorsitzender



Dirk Löb  
Stellv. Fraktionsvorsitzender  
Umweltpolitischer Sprecher



Aylin Doğan  
Sachkundige Bürgerin